

Zürich, 2. September 2026

Fraktionserklärung der SVP

Stadtrat untergräbt den Rechtsstaat

Rund hundert verummte Personen aus vorwiegend linksextremen Kreisen besetzten einen der bekanntesten und historisch bedeutendsten öffentlichen Ort unserer Stadt. Sie riegelten das Gelände ab und erklärten kurzerhand, dass sie den Lindenhof für ihre politischen Zwecke bis Sonntag in Beschlag nehmen wollen. Und was macht der Zürcher Stadtrat? **Er toleriert es!**

Ein fatales Signal. Der Lindenhof gehört nicht einer selbsternannten linksautonomen Szene! Er gehört den Zürcherinnen und Zürichern. Er gehört den Familien, den Touristen, den Spaziergängern und allen Menschen, die diesen öffentlichen Ort legal und friedlich nutzen wollen.

Doch in Zürich gilt offenbar immer öfter: Wer sich an die Regeln hält, wird mit Auflagen und Vorschriften konfrontiert. Wer verummmt auftritt, ein Haus oder einen öffentlichen Platz besetzt, wird von der rotgrünen Stadtregierung geduldet. Diese Zweiklassengesellschaft im Rechtsstaat akzeptiert die SVP nicht.

Besonders stossend ist: Noch im vergangenen Jahr ging die Stadtpolizei gegen versuchte linksautonome Besetzungen entschieden vor. Heute wird eine Besetzung eines historischen öffentlichen Platzes nach Rücksprache mit der politischen Führung toleriert. Die Frage drängt sich auf: was hat sich geändert? Die Rechtsordnung, oder der politische Wille? Für die SVP ist klar: eine illegale Besetzung darf nicht zum tolerierten Wochenendprogramm werden!

Der öffentliche Raum darf nicht jenen gehören, die am lautesten schreien, sich verummnen und bereit sind, geltendes Recht zu missachten. Wenn der Staat bei solchen Aktionen wegschaut, ermutigt er Nachahmer.

Stadträtin Rykart liess die Besetzer mit einem verlegenen Verweis auf «Verhältnismässigkeit» gewähren. «Verhältnismässigkeit» ist ein unabdingbares Prinzip des Rechtsstaates. Doch dieses darf nicht angeführt werden, um politisch nahestehendes Klientel zu schützen. Wer illegale Besetzungen duldet, wird zum politischen Schutzpatron der Gesetzesbrecher. Genau dieses Signal sendet Stadträtin Rykart mit ihrem Entscheid. Einmal mehr beweist sie, dass sie nicht gewillt ist, den Rechtsstaat konsequent durchzusetzen, sondern ihrer eigenen politischen Neigung freien Lauf lässt: Linksextreme werden geschont, während Konservative in ihren politischen Rechten eingeschränkt werden. Wir erinnern hier an das Einschreiten Rykarts gegen den Demonstrationzug «Marsch fürs Lää» 2019 und 2021, das von den Aufsichtsbehörden korrigiert werden musste.

Wir fordern Stadträtin Rykart deshalb auf:

- keine politisch willkürlichen Entscheide mehr zu treffen,
- den Rechtsstaat durchzusetzen, unabhängig davon, wen es trifft,
- keine Sonderrechte für linksautonome Aktivisten zu gewähren,
- und eine Nulltoleranz gegenüber illegalen Besetzungen im öffentlichen Raum.

Zürich darf nicht zu einer Stadt werden, in welcher die Exekutive entscheidet, für wen Gesetze gelten und für wen nicht. Der Rechtsstaat gilt für alle, oder er erodiert.

Weitere Auskünfte:

Gemeinderat Stephan Iten

Präsident SVP-Gemeinderatsfraktion
Mitglied der Sachkommission Sicherheitsdepartement/Verkehr

Tel. 079 763 41 62

Gemeinderat Johann Widmer

Vize-Präsident SVP-Gemeinderatsfraktion

Tel. 076 386 86 86